

DIE ANDERE DDR REFORMVORSTELLUNGEN IN DER DDR-OPPOSITION*

Ulrike Poppe

Vorbemerkung:

Ich bin als Zeitzeugin hier eingeladen, habe zu diesem Thema nicht geforscht und was ich hier vortragen werde, kommt aus meiner Erinnerung, mit all ihrer Ausschnitthaftigkeit und Gefälligkeit, und ist natürlich auch ein heutiger Interpretationsversuch. Ich kann demnach auch nicht über die ganze Opposition sprechen, nicht über alle Zeiten und Orte.

Erfahrungsausschnitt:

Aufgewachsen bin ich in einem Vorort Berlins und besuchte in den sechziger Jahren die Erweiterte Oberschule in Oranienburg. Wir waren damals sehr politisiert und verfolgten mit Sympathie und Sehnsucht die 68er Studentenbewegung, diskutierten über den Einmarsch in Prag, die Streiks und Demonstrationen in Paris, Kommunen, Summerhill und die Befreiungsbewegung in Lateinamerika. 1971 zog ich nach Berlin und begann mit einem Studium an der Humboldt-Universität. In dieser Zeit bekam ich Zugang zu einer Szene, der einige relegierte Studenten angehörten und Leute, die sich in ihrer Lebensweise, ihren kulturellen und geistigen Ansprüchen nicht der Normierung durch die DDR-Obrigkeit zu unterwerfen bereit waren.

Ab Mitte der siebziger Jahre erlebte ich einerseits die Arbeit in kleinen, meist konspirativ arbeitenden politischen Zirkeln und andererseits die Versuche, bestehende staatliche oder kommunale Einrichtungen wie Kulturhäuser und FDJ-Jugendklubs als Podium der Gegenkultur und als Diskussionsforum zu nutzen. Diese Versuche scheiterten alle, soviel ich weiß, statt dessen gewannen Lesungen, Ausstellungen usw. in Wohnungen und kirchlichen Räumen an Bedeutung.

Ende der siebziger Jahre begann sich im Zusammenhang mit der entstehenden internationalen Friedensbewegung auch in der DDR eine unabhängige Friedensbewegung herauszubilden. In den achtziger Jahren arbeitete ich in mehreren oppositionellen Gruppe mit, u. a. in der Gruppe „Frauen für den Frieden“ und in der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ (IFM). Ich beteiligte mich an den jährlichen Friedenswerkstätten in der Erlöserkirche und an den Delegiertentreffen des Netzwerkes oppositioneller Gruppen „Frieden konkret“ unter dem Dach der Evangelischen Kirche. Ende 1983 wurde ich wegen Verdachts auf Landesverrat (§99) verhaftet, aber schon nach sechs Wochen U-Haft wieder entlassen. Aus der Initiative „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ ging im September 1989 die Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“

hervor, in deren Sprecherrat ich gewählt wurde und als deren Vertreterin ich am Zentralen Runden Tisch in Berlin saß.

Suche nach moralischer Autonomie (Ende der sechziger - erste Hälfte der siebziger Jahre)

Bevor ich zu den oppositionellen Gruppen der achtziger Jahre komme, möchte ich noch einige Bemerkungen zu der Szene machen, in der vor allem anders gelebt wurde, als die Norm in der DDR es vorschrieb.¹ Sie war ein großer Freundeskreis, zu dem vorwiegend Leute aus Jena, Erfurt, Weimar, Dresden, Leipzig und Berlin gehörten. Das Verhalten der jungen Leute zwischen 18 und vielleicht 28 war Selbstverteidigung und Protest. Verteidigt wurde der Anspruch, „nach eigener Fassung“ zu leben. Das Erziehungsziel der DDR-Propaganda: schneller Ausbildungsabschluß, dann den Beruf fürs Leben ergreifen, gleichzeitig früh heiraten, kleine Neubauwohnung, Kinder, Schrankwand, Geld verdienen, Trabant und Urlaubsplatz im FDGB-Heim, - solch eine Laufbahn wurde abgelehnt. Dabei wurde nicht nur Unabhängigkeit von solchen Normen erklärt, sondern man lebte bewußt und demonstrativ anders, unser Verhalten war Protest, Verweigerung sich anzupassen. Zweifellos spielte hier auch der Generationenkonflikt eine Rolle. Abgebrochene Ausbildungen, leben „von der Hand in den Mund“, die Ablehnung von Kleinfamilie, aufgeräumter Wohnung und DDR-Design, jobben oder gar nicht arbeiten, dafür aber in Bibliotheken sitzen oder die raren West-Bücher zu Hause lesen, autodidaktische Bildung stand höher im Kurs als die offizielle Ausbildung mit ihrer ideologischen Einseitigkeit. Und tiefer Haß galt der Staatsmacht und deren Mitläufern, die früh ins Bett gingen, um am nächsten Tag wieder pünktlich mit eingezogenem Kopf ihre Pflicht zu erfüllen.

Das in dieser Szene praktizierte Gegenmodell war stark hedonistisch: viel Alkohol, Feste feiern, relativ freie Sexualität. Abgelehnt wurden materielle Werte, Autoritäten, Familie und selbstverständlich Anzug und Krawatte.

Hier gibt es sicher viele Gemeinsamkeiten mit der gleichen Generation im Westen. Und dennoch waren diese Protestformen in der DDR wohl etwas anderes. Jede Normabweichung wurde als Angriff auf die staatliche Ordnung gewertet, als vom Westen, also vom Klassenfeind beeinflusst. Uns selbst war es sehr wohl bewußt, daß wir mit diesen einfachen selbstbestimmten Lebensformen schon als politische Gegner galten, und in diesem Milieu entwickelte sich auch tatsächlich ein Teil, ich denke sogar, der größte Teil der politischen Gegner.

Was von der von mir beschriebenen Szene ausging, kann noch nicht als politisch aktiv bezeichnet werden, auch wenn das Protestverhalten schon ein politischer Affront war. Gleichwohl ist dieses Milieu, das es in dieser Zeit an vielen Orten und in vielfachen Varianten gegeben haben mag, moralisches Hinterland, in dem der Boden bereitet wurde für späteres politisches Handeln. Es war der

Versuch, eigene, in der Gruppe entwickelte moralische Normen für sich zu reklamieren, die allerdings auf die von der Obrigkeit verordnete Norm negativ bezogen blieben. Viele aus diesem Kreis gingen in den Westen, meistens über das Gefängnis.

Kommunikationsräume, Gegenkultur und unabhängige Öffentlichkeit (ab ca. zweite Hälfte der siebziger Jahre)

Für die anderen, die in der DDR zu bleiben entschlossen waren, war die Bezogenheit auf den eigenen existentiellen Bereich auf die Dauer unbefriedigend, und sie schufen sich kommunikative Räume, in denen ein unabhängiges, selbstbestimmtes gesellschaftliches Leben stattfinden konnte, ein „Leben in Wahrheit“, wie Havel es später nannte. Diese Räume waren mit vielfältigen Aktivitäten gefüllt:

Nutzung kommunaler und staatlicher Räume:

Dazu gehören die Versuche, Kulturhäuser, FDJ-Jugendklubs oder andere öffentliche Einrichtungen, z. B. das Museum für Deutsche Geschichte, für andere als die „von oben“ organisierten Veranstaltungen zu nutzen. Ich erinnere an die Berliner Veranstaltungsreihen „Eintopp“ und „Kramladen“ von Bettina Wegner, an den Jugendklub „Die Box“, in der sich u. a. Carlo Jordan engagierte, das Kreiskulturhaus Berlin-Mitte, auch die Versuche von Petra Lux in einem Leipziger Kulturhaus, oder gar von Petra Streit, innerhalb des DFD offene Veranstaltungsangebote zu organisieren. Die Nutzung staatlicher und kommunaler Veranstaltungsorte bot jedoch der Staatsgewalt, die auch nicht zögerte, sofortige Zugriffsmöglichkeit.

Wohnungen und Kirchen:

Etwas geschützter war man in Wohnungen und kirchlichen Orten. Deshalb wurden Räume geschaffen, die weit mehr freie Entfaltung und Unabhängigkeit ermöglichten: Lesungen, Theater, Musik, Ausstellungen, Diskussionsabende, Werkstattwochenenden, Sommer- und Winterakademie, Friedensseminare wurden in Wohnungen, Kirchen, Pfarrhäusern und auf privaten Grundstücken veranstaltet. Seit etwa Mitte der achtziger Jahre entstanden auch mehr und mehr eigene Publikationen.

Bevor der Begriff „civil society“ bekannt war, gab es schon den Anspruch, mit eigenständigen, selbstbestimmten Strukturen, sogenannten Parallelstrukturen (ein Begriff, der Anfang der achtziger Jahre aus Polen kam), das staatliche Monopol auf Öffentlichkeit, auf Information, auf Bildung zu brechen.

Diese Aktivitäten sind nicht identisch mit Opposition, mit Dissidenz, sie zielten auch nicht vordergründig auf Protest oder Widerstand. Die gesellschaftliche Selbstorganisation, so bezeichnet von Havel und Michnik, „paral-

lele Polis“ (Vaclav Benda) oder das „Netzwerk der Freunde“ (György Konrad), gründet auf gemeinsamen Werten, die sich von den verordneten abhoben. Innerhalb dieser sozialen Beziehungen konnten moralische Identitäten wachsen, alternative Vorstellungen von Gerechtigkeit und Freiheit sich entwickeln.

Geschlossene Zirkel und „Weg durch die Institutionen“

In den siebziger Jahren entstanden eine Vielzahl mehr oder weniger konspirativ arbeitender Arbeitskreise, sogenannte „Zirkel“, wie ich sie schon erwähnt habe. Bei diesen Zusammenkünften wurde gelesen, wurden Vorträge gehalten, diskutiert. Da ging es um die Suche nach alternativen Gesellschaftskonzepten. Ich erinnere mich an Themen wie: Russische Revolution und Rätemodell, Eurokommunismus, Kommunismus und Intelligenz, Rudolf Bahros „Alternative“. Die Kreise waren stark männlich dominiert, und ich habe die Beteiligten z. T. als autoritär, intellektuell überheblich und mit Verschwörermiene erlebt. Viel habe ich von diesen Zirkeln jedoch nicht kennengelernt. Meistens hörte ich nur hinter vorgehaltener Hand davon. Deshalb mag mein Urteil einseitig sein.

Etwas offener und lockerer war ein Kreis bei dem Architekten Lothar Mayer in Karlshorst, u. a. mit Rupert Schröter, der dann wegen seines Protestes gegen die Biermannausbürgerung verhaftet wurde. Hier ging es um stärker an der DDR-Realität orientierte Themen wie Demokratie (z. B. Wahlen, Pluralismus, Blockparteien, Mitbestimmung), Volksbildung, Wohnungspolitik, Städtebau u. ä.

Grundsätzlich wurde das System für reformfähig gehalten, sowohl in den siebziger Jahren, von denen eben die Rede war, als auch noch in den achtzigern, jedenfalls von vielen und bis zum Schluß. Aber was heißt das eigentlich? Die eben angedeuteten neu geschaffenen zivilgesellschaftlichen Elemente waren keine Verlängerung bestehender Strukturen, sondern Alternativen dazu, die sich der staatlichen Kontrolle entzogen. Veränderung wurde nicht als Fortschreibung mit kleinen Korrekturen verstanden, - so jedenfalls habe ich es aus meinem Umfeld in Erinnerung - sondern als Erneuerung, als strukturelle Erneuerung. Es ging also nicht nur darum, daß auf der Prenzlauer Allee Fahrradwege eingerichtet werden, sondern daß nur noch Straßen mit Fahrradwegen gebaut werden, daß neue, auf Alternativen zum Autoverkehr ausgerichtete Verkehrskonzepte entwickelt werden müßten, und vor allem, daß Verkehrskonzepte mit der Bevölkerung beraten werden sollten.

Und so wurde mit der kleinen Fahrradweginitiative der Nerv des Systems getroffen: die Anmaßung der Macht, zu wissen, was für das Volk gut ist.

Auch der Protest der Frauen gegen das neue Wehrdienstgesetz richtete sich nicht nur gegen das Faktum, gegen die Einbeziehung von Frauen in die

Wehrpflicht, sondern auch dagegen, daß das selbstherrlich, ohne Diskussion in der Bevölkerung, beschlossen worden ist. (Aufgrund unserer Proteste hat man die Wehrerfassungsaktionen dann genauso klammheimlich wieder rückgängig gemacht.)

Die unabhängige Friedensbewegung: politische Mitsprache wird eingefordert, Opposition formiert sich (achtziger Jahre)

Antitotalitärer Konsens

Mit der Ende der siebziger Jahre beginnenden unabhängigen Friedensbewegung entglitt dem Regime zunehmend die Kontrolle über die Gesellschaft. Ganz gelang diese Kontrolle ja wohl zu keiner Zeit, weshalb der Begriff des Totalitären meines Wissens wohl auch in den oppositionellen Gruppen nicht verwendet wurde. (Dies im Gegensatz zur polnischen Dissidenz, die allerdings aufgrund der stärker entwickelten unabhängigen gesellschaftlichen Gegenkräfte noch viel weniger den totalen Staat erlebten.) Die Ressentiments gegenüber dem Totalitarismusbegriff mögen aber nur z. T. mit der Erfahrung von faktischen Freiräumen, Nischen, eroberten unkontrollierten Orten zu tun haben. Zum anderen Teil war die DDR-Opposition im Vergleich zur polnischen viel stärker von der westdeutschen Linken beeinflusst und mied deshalb zu Kampfbegriffen gewordene Bezeichnungen, wozu auch der Anti-Kommunismus gehörte.

Das hieß aber nicht, daß das Bestreben des Regimes verkannt wurde, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und auch möglichst noch die privaten zu kontrollieren und zu beherrschen. Das war ausreichend erfahrbar, und dagegen richtete sich auch jede selbstbestimmte Aktion. Deshalb würde ich schon von einem antitotalitären Konsens der oppositionellen Gruppen sprechen, als kleinster gemeinsamer Nenner, als große Klammer, als selbstverständliche Übereinkunft, auch wenn dies wohl so nicht formuliert wurde.

Kann man einen antitotalitären Konsens begründen, wenn man gleichzeitig den Gegner nicht als totalitär wahrnimmt? Ich denke ja, denn der Staat wurde zwar nicht faktisch, aber doch tendenziell als totalitär erlebt, und es bedeutete einen zähen Kampf, kleinste gesellschaftliche Freiräume zu erobern und gegen staatlichen Zugriff zu verteidigen. Da der Staat jede Aktivität in seinem Volk einheitlichen Zielen zu unterwerfen trachtete, war das Schaffen und Verteidigen unabhängiger Räume schon eine Form von Widerstand. Und zwar eine wirksame Form.

Schlüssel: Kampf um den Öffentlichen Raum

Im Zentrum stand der Kampf um den Öffentlichen Raum. Die Herrschaft der SED beruhte maßgeblich auf der Gestaltung und Kontrolle der öffentlichen Meinung. Der SED-Staat legte es konsequent auf die, wie es hieß,

„Herausbildung einer einheitlichen sozialistischen öffentlichen Meinung“ an. Die inszenierte Öffentlichkeit, einschließlich der kontrollierten Medien, vermittelte den meisten Menschen die Richtigkeit der eigenen Überzeugung und den beruhigenden Eindruck, von einer Mehrheitsmeinung getragen zu werden. In der eigenen Anpassung wurde der einzelne täglich bestätigt und das gab ihm das Gefühl für Geborgenheit. Die Kehrseite war die Isolationsangst.²

Für die Oppositionellen bestand einmal die Aufgabe, der inszenierten oder manipulierten Öffentlichkeit eine authentische entgegenzusetzen, auszusprechen, daß der Kaiser doch eigentlich nackt sei. Und zum zweiten war es wichtig, mit der anderen, sich nicht den Anpassungsritualen unterwerfenden öffentlichen Meinungsäußerung ein Identifizierungsangebot zu machen, das helfen sollte, die Isolationsangst zu überwinden.

Unabhängige Öffentlichkeit hatte damit einen eigenen Wert, war nicht nur Mittel zum Zweck, zur Verbreitung bestimmter Ziele, zur Mobilisierung breiterer Kreise. Die Aktivitäten in den einzelnen Feldern trafen sich in der Verteidigung des Rechtes auf Öffentlichkeit.

Es entstehen eine Reihe von offenen und auf öffentliches Handeln ausgerichteter Gruppen, die sich als „Unabhängige Friedensbewegung der DDR“ verstanden. Sie setzten der Friedensrhetorik der SED eigene Vorstellungen entgegen, friedenspolitisch, ökologisch, menschenrechtlich. Weitgehend in der Evangelischen Kirche sozialisierte Akteure trafen mit solchen zusammen, die aus den oben beschriebenen Milieus kamen. Die Nutzung kirchlicher Räume bot Gelegenheit, eine wenn auch beschränkte Öffentlichkeit zu schaffen. Es konnten mehr Leute als in Wohnungsveranstaltungen erreicht werden.

Ende der Utopien/der Weg ist das Ziel:

Ende der siebziger Jahre hatten sich viele von den großen Entwürfen einer neuen gesellschaftlichen Ordnung verabschiedet. Mit unabhängigen Informations- und Öffentlichkeitsstrukturen sollten erst einmal Voraussetzungen geschaffen werden, durch die die Menschen zu mündigen Mitgestaltern ihres Gemeinwesens werden konnten. Das hieß auch, daß sich die Akteure nicht als die alles besserwissende neue Elite fühlten, sondern vor allem immer wieder demokratische Meinungsbildungsprozesse einforderten.

Es wurde kein Ziel, beispielsweise in Form eines anzustrebenden Gesellschaftsideals beschrieben, (dafür ist diese Generation genug mit den Schulaufsätzen „Wie stelle ich mir den Kommunismus/die Zukunft vor“ gequält worden). Erst einmal ging es nur um Wege zur Öffnung der Gesellschaft und um ethische und kulturelle Maßstäbe als Grundlage für die Erneuerung der Gesellschaft. Diese waren z. B.: geistige Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und vor allem Wahrheit.

Ein Prozeß sollte in Gang gebracht werden, prinzipiell unabgeschlossen und unabsehbar, damit Pluralität möglich bleibt, die in ihrer Konkretion nicht planbar und nicht determiniert ist. Es ging also nicht um das Herstellen eines bestimmten neuen Zustandes, sondern um politisches Handeln, das sich selbst neue Handlungsräume erschließt.

Weg durch die Institutionen

Durch die eben beschriebenen Vorstellungen unterschieden sich die Mitglieder der erwähnten oppositionellen Gruppen auch von denen, die sich Ende der siebziger Jahre für den „Weg durch die Institutionen“ entschieden. Diese traten in die Partei ein und erreichten z. T. auch beachtliche Positionen. In der Überzeugung, daß Reformen nur „von oben“ möglich seien, - was seit 1968 kein Tscheche mehr glaubte - brachen sie den Kontakt zur Opposition ab und hofften auf die große Chance.

Den Oppositionellen wurde von den „geheimen SED-Reformern“ nicht selten moralischer Rigorismus und politische Naivität vorgeworfen. Die phantasievollen, oft spielerischen, manchmal auf offene Provokation angelegten, manchmal nur zeichensetzenden Aktionen waren oft in erster Linie Ausdruck kultureller und lebensweltlicher Gegenidentitäten, viel seltener durchgeplante politische Aktion im engeren Sinne.

Die von SED-Reformern im Oktober 1989 entworfenen Reformansätze, die als Empfehlung an das ZK der SED gingen, (nicht etwa an die Öffentlichkeit), machen die Halbherzigkeit der Reformer „von oben“ deutlich: Zwar Dialog mit Andersdenkenden statt Repressionen, breitere Partizipationsmöglichkeiten, aber: begrenzte Pluralisierung ohne Aufgabe der führenden Rolle der Partei, antisozialistische Kräfte sollen ausgeschlossen bleiben.

Kein sozialer Protest

Trotz vielfacher Unzufriedenheit mit der Versorgungslage in der DDR gab es in der Opposition, von der hier die Rede ist, keinen sozialen Protest. Die sozialen Interessenlagen waren im ganzen Ostblock bekanntlich wenig ausdifferenziert. Hinzu kam, daß ja gerade der Konsumismus, das von Honecker kreierte Leistungsdenken („Leiste was, dann kannst Du Dir was leisten“) und das ökonomisch verkürzte Menschenbild kritisiert wurde. Aber der erwähnte Slogan hat vor allem auch wegen seiner Verlogenheit Empörung ausgelöst. Jeder wußte, daß Leistung erst in zweiter Linie zählte, zuerst kam die Anpassung, die ideologische Willfährigkeit.

Systemkritik und Zivilisationskritik waren zusammengehörige Komponenten der Opposition. Aus der ökologischen Perspektive gab es Kritik an der Industriegesellschaft, an gefährlichen Technologien, an Ressour-

cenverschwendung, an Schadstoffproduktion usw. Mangelnde wirtschaftliche Effizienz wurde vorwiegend auf Fehlplanungen durch inkompetente Führung (das Parteiabzeichen war wichtiger als fachliches Können) als auf fehlende Konkurrenz zurückgeführt. Die kapitalistische Wirtschaftsform galt für die meisten nicht als Alternative, allerdings, so nachzulesen in den Thesen von „Demokratie Jetzt“ vom 12. September 1989, alle Eigentumsformen sollten möglich sein und gleiche Chancen haben.

Revolution oder Reform?

Politikverständnis/Machtfrage

Unter den Oppositionellen galt ein breiter Politikbegriff. Dieses Begriffsverständnis war ein anderes als das von György Konrad, der Politik als Technik der Macht verstand und damit als Gegenpol zur „antipolitischen“ Öffentlichkeit, Räumen selbständig gestalteten gesellschaftlichen Lebens.

Es wurde keine auf Machtübernahme zielende Strategie entwickelt. Kommunikatives Handeln war wichtiger als strategisches Handeln. Zu keiner Zeit wurde die Besetzung der Kommandohöhen der Macht überhaupt in den Blick genommen. Die Opposition hat sich beschränkt auf den Ausbau zivilgesellschaftlicher Räume, auf die Stärkung zivilgesellschaftlichen Einflusses, um damit sanft, sichtbar und für die breite Masse überzeugend das Regime zu delegitimieren.

Ziel der Opposition war weniger die Durchsetzung eigener Interessen gegenüber dem Staat als die Schaffung gesellschaftlicher Zusammenschlüsse jenseits von Administration und ökonomischem System. Das Politik- und Demokratieverständnis war ein republikanisches, für das als „Modell des Politischen ... der horizontale, durch gegenseitiges Versprechen zustande gekommene Gesellschaftsvertrag (gilt)“ (Hannah Arendt). Diese Haltung fand seine Fortführung im Verfassungsentwurf des Runden Tisches, der im Gegensatz zum Grundgesetz weniger staatsfixiert und mehr auf die Beziehungen der Bürger untereinander ausgerichtet ist.³

Nun mag man einen Widerspruch darin sehen, daß trotzdem immer wieder an die SED-Führung gerichtete offene Briefe, Eingaben, Appelle, Forderungskataloge verfaßt wurden. Vielleicht hat es auch in Teilen der Opposition, besonders Anfang der achtziger Jahre, noch Illusionen gegeben, auf die Machthaber Einfluß zu nehmen. Meiner Erfahrung nach gab es in den relevanten Berliner Gruppen, so z. B. in der Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM), diese Erwartung nicht mehr. Selbst die umfassende Parteitagseingabe von 1986 diente nicht dazu, das Politbüro umzustimmen, sondern ein gesellschaftliches Gegenüber kenntlich zu machen, andersdenkend, sich das Recht auf eigenes Urteil nehmend und den Staat zum Dialog „auf dem Marktplatz“ herausfordernd. Deshalb setzten die harten Repressionen auch vor

allem dann ein, wenn die Eingaben o. ä. öffentlich gemacht wurden.

Der angestrebte Dialog mit den Machthabern, der die beidseitige Anerkennung des Gegenübers voraussetzt, sollte vor allem den Alleinvertretungsanspruch des Staates in Frage stellen, Interessendivergenzen sichtbar machen, die keine Klasseninteressen waren, sondern zwischen Herrschenden und Beherrschten, zwischen Führung und Volk, zu dessen Wohle die SED-Spitze zu regieren vorgab. Das schloß eine grundsätzliche Kompromißbereitschaft seitens der Opposition nicht aus. Das DDR-System wurde von vielen aus der Opposition im Herbst 1989 noch für reformfähig gehalten, nicht aber die SED, schon gar nicht deren Führung.

Warum wurde die eigene Machtergreifung nicht angestrebt? In Oppositionskreisen gab es immer wieder Diskussionen um das Verhältnis von Zweck und Mittel. Sind Mittel erlaubt, die „durch den Zweck geheiligt“ sind, die Ziele aber diskreditieren? Eine Machtübernahme ohne vorherige demokratische Legitimation, quasi als Revolutionsregierung, würde neue totalitäre Gefahren in sich bergen. Könnte man fragen: Hatten wir so wenig Vertrauen zueinander? Ja. Die besten Leute (was niemand für uns reklamieren würde), selbst die Leute mit den besten Ambitionen könnten in einer Situation, in der die Macht zwangsweise gesichert werden muß, zu Despoten werden. Neue autoritäre Strukturen könnten entstehen. Deshalb wurde auf Gewalt verzichtet. Auch sollten die gesellschaftlichen Interessen durch eine neue Führungsriege, so wohlwollend sie auch gegenüber dem Volk hätte antreten mögen, nicht erneut verstaatlicht werden, sondern, wie oben bereits ausgeführt, der gesellschaftlichen Selbstorganisation sollte Priorität eingeräumt werden.

Nachdem gegen Ende der achtziger Jahre die Legitimität der SED-Führung zunehmend in der breiten Bevölkerung in Frage gestellt wurde, konnte eine zumindest partielle Auflösung des Herrschaftsgefüges erwartet werden. Diese Machtdefizite, so die Hoffnung vieler Oppositioneller, könnten zur Erweiterung der gesellschaftlichen Selbstverständigung führen, durch die ein politischer Raum für den Neubeginn geöffnet würde. Ziel war also nicht das „Herstellen“ bestimmter gesellschaftlicher Zustände durch „Politik als Instrument“, sondern das „Ermöglichen“ bestimmter Zustände durch „Politik als Gründung von Freiheitsräumen“ (ganz im Sinne von Hannah Arendt). Die Entwicklung vielfältiger Kommunikations- und Handlungsbedingungen, auch in institutionalisierter Form, wie z. B. die Runden Tische, würden zudem zu einer raschen Stabilisierung führen, die die Wiederkehr der autoritären Herrschaft verhindern hilft.

Programmatische Ansätze

Natürlich gab es auch konkretere Vorstellungen davon, in welche Richtung sich die Gesellschaft verändern sollte. In der oben erwähnten Grundsatzserklärung der IFM von 1987 werden die politischen Grundrechte aufgeführt, u. a. Meinungsfreiheit, Presse- und Medienfreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Außerdem: Verwaltungsgerichtsbarkeit, Streikrecht, Pluralismus. „Die gesellschaftliche Entwicklung (dürfte) nicht mehr an einer bestimmten Ideologie, einem bestimmten utopischen Gesellschaftsbild“ gemessen werden.

Ich erinnere mich noch an unsere Skepsis gegenüber der Parlamentarischen Demokratie nach westlichem Muster. Hier kamen sicher viel Unkenntnis, einige Geschichten verärgertes grüner Abgeordneter über die Bonner „Machtspiele“ und die Angst, bis auf die Wahlkreuzchen alle vier Jahre wieder von der Beteiligung ausgeschlossen zu sein, zusammen. Ich habe in der Opposition aber auch keine deutliche Ablehnung gehört - es ging in den Diskussionen eigentlich immer um Erweiterungen und Ergänzungen durch basisdemokratische Elemente.

Die meisten oppositionellen Gruppen standen, im Gegensatz zur sogenannten SED-Opposition, Reformen „von oben“ skeptisch gegenüber. Auf den Demonstrationen des Herbstes konnte man auf einigen Transparenten lesen: „Gorbi hilf!“. Dieses Schielen nach der neuen Autorität war in der Bevölkerung wohl verbreitet, in den Oppositionsgruppen aber inzwischen überwunden. Die Gruppen waren überzeugt, daß die Veränderungen weder von außen noch von oben kommen konnten, nur aus ihnen selbst heraus. 1987 begründete die IFM ihre Skepsis damit, daß „die da oben“ „das System einer alles umfassenden Verstaatlichung nicht abschaffen (werden), sondern allenfalls im Interesse größerer Effizienz perfektionieren“⁴.

Einen Konsens unter den oppositionellen Gruppen kann man durchaus in den Zielen finden: politische Freiheitsrechte, Gewaltenteilung, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit, Orientierung auf Gewaltfreiheit und Ökologie, politische Mitbestimmung. Fast alle - mit einigen Ausnahmen (Einzelpersonen) - sprachen vom Sozialismus, aber die Eigentumsformen sollten offen bleiben. So schlug „*Demokratie Jetzt*“ (DJ) vor, die Wirtschaft solle unabhängig, dezentral, in der Preisbildung marktorientiert und auch in privaten Eigentumsformen handeln können.

Im Oktober 1989 brachte DJ den Vorschlag zu einem Volksentscheid zur Abschaffung des Artikels 1 der DDR-Verfassung, die führende Rolle der SED, an die Öffentlichkeit. Immer noch war in den Formulierungen von Sozialismus die Rede, der „mit lebendiger Demokratie erst richtig“ anfangen würde. In langen Diskussionen ging es um die Tauglichkeit dieses Begriffes. Während die einen der Meinung waren, die Mehrheit der Bevölkerung habe immer noch eine ideale Vorstellung vom Sozialismus, als Möglichkeit für mehr soziale Gerechtigkeit,

Freiheit und Solidarität, die konkret-historische Form von Staatssozialismus oder des „real-existierenden Sozialismus“ habe den Weg dahin bisher verhindert, drängten andere zur Verabschiedung dieses Begriffes. Schließlich gab es bei *Demokratie Jetzt* im November eine Abstimmungsmehrheit, auf den Begriff ganz zu verzichten.

ANMERKUNGEN

- * Vortrag im ZZF am 12.3.98 in der Reihe „Zeithistorische Dialoge - politische Erfahrungen und wissenschaftliche Fragen“.
- 1 Es gibt einen Dokumentarfilm von Barbara Berthold über diese Szene in der DDR: „Wir wollten so gerne Helden sein“.
 - 2 Vgl.: Elisabeth Noelle-Neumann, *FAZ* vom 5. März 1998.
 - 3 In einigen Texten von damals finden sich dazu Hinweise, so z. B. in der von der Initiative Frieden und Menschenrechte verfaßten Erklärung zur Menschenrechtssituation in der DDR von 1987. Am 10. Dezember sollte sie, zeitgleich mit einer Demonstration der Charta 77, beim Menschenrechtskomitee der DDR abgegeben werden. (Sicherheitskräfte hatten dies unterbunden, es kam zu Verhaftungen.) Neben Äußerungen zur Friedensfrage („Status quo“, keine Friedensgrundlage, Überwindung der in Jalta beschlossenen Teilung), wurde als Ausgangspunkt für notwendige innergesellschaftliche Veränderungen die Entstehung einer „breite(n) Öffentlichkeit, die eine wirksame Kontrolle ausüben kann“ aufgeführt. Weiterhin hieß es in diesem Text, daß die Garantien der Menschen- und Bürgerrechte, „nicht von den Herrschenden erwartet werden (können), sondern ... gegen sie durchgesetzt werden (müssen)“. Eine auf „Respektierung der menschlichen Würde gerichtete Politik“ wäre nicht von einem „allmächtigen perfekten Staat“ zu erwarten, sondern bedürfe „der Dezentralisierung und gesellschaftlichen Selbstorganisation“. Siehe Ehrhart Neubert, *Geschichte der Opposition 1949-1989*, Berlin 1997, S. 723.
 - 4 Ebd.